# Schwierige Erinnerungen

Zum Umgang mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Südostasien

Dieser Artikel von Karl Rössel ist ebenso wie diese ganze Ausgabe zur »Vergangenheitsbewältigung in Südostasien« eine Ergänzung zur (Wander-) Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«, die vom 22. September bis 13. November 2011 in Essen zu sehen ist.#

#### Karl Rössel

Im Dezember 2010 war die 82-jährige Soo-San Lee aus Südkorea nach Köln eingeladen, um über ihr Schicksal während des Zweiten Weltkriegs zu berichten. Sie erzählte, dass sie 16 Jahre alt war, als sie zusammen mit anderen Mädchen von japanischen Soldaten in ein Militärbordell im Norden der Mandschurei verschleppt wurde. Schon auf der Zugfahrt seien einige der Mädchen mehrfach vergewaltigt worden, und nach ihrer Ankunft in dem japanischen Militärlager wurden Massenvergewaltigungen für alle alltäglich. Nach einem gescheiterten Fluchtversuch folterten ihre japanischen Peiniger Soo-San Lee mit glühendem Eisen. Die Narben davon trägt sie noch heute am ganzen Körper.

Die Veranstaltung mit Soo-San Lee war Teil des Begleitprogramms zur Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«, die von September 2010 bis Januar 2011 im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln zu sehen war. Die größte Leinwand in dieser Ausstellung erinnert - mit 44 Portraits und Kurzbiographien von betroffenen Frauen aus sieben asiatischen Ländern – an dieses lange Zeit verschwiegene japanische Kriegsverbrechen. Auf der Tafel daneben steht: »Nach Schätzungen asiatischer Nichtregierungsorganisationen verschleppten die japanischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg etwa 200.000 Mädchen und Frauen in ihre Militärbordelle. Neben 80.000 bis 120.000 Koreanerinnen gehörten dazu Frauen aus China, den Philippinen, Malaya, Burma, Portugiesisch-Timor (heute: Osttimor) und Niederländisch-Indien (heute: Indonesien), wo auch Holländerinnen betroffen waren. Die japanische Generalität rechtfertigte die Einrichtung dieser Militärbordelle mit der zynischen Begründung, sie habe Massenvergewaltigungen japanischer Soldaten in den besetzten Ländern verhindern

Der Autor ist Mitbegründer des Rheinischen JournalistInnenbüro, Köln.

und die Soldaten vor Geschlechtskrankheiten bewahren wollen, um ihre Kampfkraft zu erhalten. Dass die japanischen Kriegsverbrechen an asiatischen Frauen an die Öffentlichkeit gelangten, ist allein den Betroffenen zu verdanken.«

Tatsächlich wurde dieses düstere Kapitel der Kriegsgeschichte fast ein halbes Jahrhundert lang nicht nur in Japan, sondern auch in den betroffenen Ländern in Asien und der Pazifikregion verschwiegen. Viele der missbrauchten Frauen konnten nach Kriegsende nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren, so auch Soo-San Lee, die niemand aus China zurückholte und die erst 2003 nach Korea zurückkehren konnte. Andere Betroffene scheuten sich aus Scham, in ihre Heimatorte zurück zu kehren und manche wurden von ihren Familien verstoßen, als diese erfuhren, was den Frauen widerfahren war.

Erst als 1991 Kim Hak Sun, eine der Betroffenen, in einer vom koreanischen Fernsehen übertragenen Pressekonferenz Zeugnis abgelegt hatte, wagten sich auch Leidensgenossinnen aus anderen Ländern an die Öffentlichkeit – von China über die Philippinen bis nach Osttimor und Indonesien. Darunter war auch die Holländerin Jan Ruff O'Herne, die nach dem Einmarsch der japanischen Truppen auf der indonesischen Insel Java verschleppt worden war.

## Frauenorganisationen fordern Entschädigungen

In vielen asiatischen Ländern entstanden seitdem Selbstorganisationen von Frauen, die während des Zweiten Weltkriegs in Militärbordellen der japanischen Streitkräfte verschleppt worden waren. Aufgrund des wachsenden politischen Drucks sah sich der japanische Kabinettssekretär und spätere Außenminister Yohei Kono zwar 1993 zu einer Entschuldigung bei den »gegen ihren Willen rekrutierten« Opfern veranlasst, wobei er diese – wie Japans Militärs zu Kriegszeiten – verharmlosend als »Trostfrauen« (englisch: »comfort women«) titulierte. Aber seine Erklärung blieb fol-

genlos, da sie nicht von der japanischen Regierung abgesegnet war.

Im Dezember 2000 veranstalteten die Organisationen der betroffenen Frauen in Tokio ein »Internationales Kriegsverbrechertribunal über sexuelle Versklavung durch die japanische Armee«, um der Geschichtsvergessenheit in Japan zu begegnen. Dieses »Frauentribunal 2000« verfügte zwar nicht über offizielle juristische Vollmachten, erreichte jedoch international große Aufmerksamkeit. Nach den Aussagen von Zeuginnen aus mehreren asiatischen Ländern sprachen die Juristinnen, die als Richterinnen des Tribunals fungierten, den japanischen Kaiser Hirohito, seine Regierung und seine Streitkräfte schuldig, für die institutionalisierte Vergewaltigung und sexuelle Versklavung Zehntausender Frauen verantwortlich zu

sein. Da es sich um »Verbrechen gegen die Menschheit« handele, so das Urteil, hätten auch die Nachkriegsregierungen Japans Rechenschaft darüber abzulegen und Entschädigungen an die Opfer zu zahlen.

Doch die Regierenden Japans ignorierten die Forderungen der Frauen weiterhin.

Noch im März 2007 behauptete der japanische Premierminister Shinzo Abe, es sei keineswegs erwiesen, dass die »Trostfrauen« von der japanischen Armee »gewaltsam verschleppt« worden seien.

Als die Demokratische Partei Japans 2009 erstmals die Unterhauswahlen gewinnen konnten, hofften viele, dass dies auch einen anderen Umgang mit der Geschichte der japanischen Kriegsverbrechen zur Folge

haben würde. Doch die Erwartungen wurden enttäuscht. Bis heute gibt es weder ein regierungsoffizielles Schuldeingeständnis noch Entschädigungen für die überlebenden Frauen.

chen Hunderttausende Clerauen verantwortlich zu wurden. Dafür steht neber wurden. Dafür steht ne

Plakat zur Ausstellung Quelle (auch der folgenden ausgestellten Fotografien): recherche international e.V., www.3www2.de

der Vergangenheit mehrfach zu regierungsoffiziellen Protesten aus Ländern wie China und Südkorea geführt, da dort auch der sieben japanischen Kriegsverbrecher gedacht wird, die 1946 von einem alliierten Tribunal zum Tode verurteilt wurden.

(Wie wenig konsequent auch von alliierter Seite die japanischen Kriegsverbrechen nach 1945 aufgearbeitet wurden, zeigt schon die geringe Zahl der Verurteilten: Insgesamt erhielten nur 1.000 Mann aus dem japanischen Millionenheer eine Gefängnisstrafe.)

Hinweis auf japanische Kriegsverbrechen finden sich am Yakusuni-Schrein nicht, weder auf das Schicksal der vergewaltigten Frauen, noch auf das Massaker in Nanking, bei dem 1937/38 innerhalb weniger Wochen Hunderttausende ChinesInnen niedergemetzelt wurden. Dafür steht neben dem Schrein ein Gedenk-

stein für die berüchtigte Militärpolizei Kempeitai, die von manchen aufgrund ihrer Brutalität mit der SS verglichen wird.

Tatsächlich kann von einer Aufarbeitung der japanischen Verantwortung für Millionen Opfer des Zweiten Weltkriegs bis heute keine Rede sein. Im Gegenteil: Immer wieder sorgen reaktionäre Kreise in Japan für Roll-Backs in der historischen Debatte, so zum Beispiel 2005, als sie einmal mehr gegen die zaghaften Hinweise auf japanische Kriegsverbrechen zu Felde zogen, die zwischenzeitlich in manchen Schulbüchern gelandet waren. Im Ergebnis wurden das Massaker von Nanking und die massenhafte Verschleppung von Frauen in Militärbordelle danach nur noch in einem von acht neu veröffentlichen Schul-

büchern erwähnt. Daran konnten auch Demonstrationen in Ländern wie China und Südkorea, die unter der japanischen Besatzung gelitten hatten, nichts ändern.

## Ehrbezeugungen für Kriegsverbrecher

Es blieb bei Gesten, die nichts kosten. So besuchte am 65. Jahrestag der japanischen Kapitulation im September 2010 erstmals kein Regierungsmitglied den berüchtigten Yasukuni-Schrein. Die jährlichen Gedenkfeierlichkeiten an diesem Shinto-Schrein hatten in

## Ungezählte Opfer

Allein in China kamen im Zweiten Weltkrieg nach heutigen Schätzungen bis zu 21 Millionen Menschen ums Leben- mehr als in Japan, Deutschland und Italien zusammen. Auf den Philippinen starb jede und jeder 16. während der japanischen Besatzungszeit von 1942 bis 1944. Bei ihrem Vormarsch Richtung Singapur metzelten die japanischen Truppen auf der malaiischen Halbinsel mehr als 138.000 Soldaten unter britischem Kommando nieder, darunter Zehntausende Malayen, Inder, Chinesen und Australier. »Die Menschen waren sehr schockiert, insbesondere die chinesische Community, die immerhin fast 40 Prozent der Bevölkerung Malayas stellte«, erinnert sich Cheah Boon Kheng, emeritierter Historiker der Universität im malaysischen Penang. »Denn auch zu ihr war durchgedrungen, wie die Japaner im Norden Chinas gewütet und welches Massaker sie in Nanking verübt hatten. Die Chinesen hatten deshalb große Angst.« Zu Recht: Die japanischen Besatzer wiesen Zehntausende Chinesen in Arbeitslager ein und massakrierten Tausende auf offener Straße. »Die chinesische Community spricht von 45.000 Toten.«

Als die japanischen Truppen von Singapur auf die indonesischen Inseln übersetzten, die damals unter niederländischer Kolonialherrschaft standen, wurden sie dort anfangs wie Befreier gefeiert. Tatsächlich sahen die japanischen Militärs abschätzig auf Indonesier herab und trieben Hunderttausende zur Zwangsarbeit beim Bau von Festungsanlagen, Luftschutzbunkern



und Kasernen, Flugpisten, Häfen und Straßen.

1942 verschleppten die japanischen Militärs Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene aus Indonesien und anderen besetzten Ländern nach Thailand, um dort eine Eisenbahnstrecke durch den Dschungel nach Burma bauen zu lassen. Dabei kamen 100.000 asiatische Arbeiter ums Leben.

Der Bau einer Bahnstrecke auf der Insel Sumatra forderte 1944 zahllose weitere Opfer. Der indonesische Schriftsteller Pramoedya Ananta Toer schätzt, dass im Zweiten Weltkrieg »mindestens vier Millionen javanische Bauern als Romusha (Zwangsarbeiter) ums Leben kamen, als Futter für die militaristischen Nachkommen der (japanischen) Sonnengöttin«.

Im japanischen Geschichtsdiskurs sind auch die asiatischen Zwangsarbeiter kein Thema. Entschädigungen erhielten sie nicht.

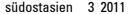
## Aus Tätern werden Opfer

Ähnlich wie in Deutschland fühlten sich auch in Japan viele Soldaten wie Zivilisten bei Kriegsende eher als Opfer, denn als Täter. Dazu trugen insbesondere die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki bei, an die bis heute in jedem Jahr mit großem Aufwand erinnert wird. Bezeichnend ist, dass auch dabei lange Zeit das Gedenken an nicht-japanische Opfer bewusst ausgeschlossen blieb. So konnte erst 1999 nach langjährigen Auseinandersetzungen mit den japanischen Behörden im Friedenspark von Hiroshima ein Mahnmal zur Erinnerung an die koreanischen Atombombenopfer errichtet werden. Während des Zweiten Weltkriegs hatte Korea unter japanischer Kolonialherrschaft und 1,5 Millionen Männer und Frauen von dort nach Japan deportiert, um in Bergwerken, Kohlegruben, Häfen und Rüstungsbetrieben zu arbeiten. Deshalb kamen beim Abwurf der ersten Atombombe am 6. September 1945 in Hiroshima, einer japanischen Rüstungszentrale, auch 35.000 Koreanerinnen und Koreaner ums Leben. Drei Tage später in Nagasaki waren es weitere 15.000.

Fakten wie diese sind aus dem offiziellen Geschichtsdiskurs in Japan weitgehend ausgeblendet. Deshalb reagieren jüngere Japanerinnen und Japaner immer wieder überrascht und schockiert, wenn sie davon erfahren.

So stand zum Beispiel nach dem Zeitzeugnis von Soo-San Lee in Köln eine japanische Besucherin auf, erklärte unter Tränen, »noch nie« von dem Schicksal der von japanischen Truppen missbrauchten Frauen gehört zu haben und entschuldigte sich öffentlich dafür. Von einem ähnlichen Erlebnis berichtete der Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur in Göttingen, der die Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« im Frühjahr 2011 zeigte: »Am 8. April organisierten wir hier die Veranstaltung ›Das Schweigen durchbrechen zur sexuellen Versklavung asiatischer Frauen durch das japanische Militär. Eine junge 30jährige Japanerin, die zwei Monate in Göttingen für einen Deutschkurs zu Gast war, schaute sich diese Veranstaltung an. An diesem Abend hat sie das erste Mal von diesen Kriegsverbrechen an den Frauen gehört... Diese junge Frau war so schockiert und berührt, dass sie ab dem nächsten Tag täglich bis zu ihrem Abflugtermin in die Ausstellung kam und sich im Asienkapitel aufhielt. Dabei machte sie sich unzählige Notizen über die Inhalte der Tafeln und Hörstationen«.

Den japanischen Behörden hierzulande zeigen sich hingegen weitaus weniger sensibel. So wollte die koreanische Zeitzeugin Soo-San Lee nach ihrer Veranstaltung in Köln auch die japanische Botschaft in Berlin



besuchen. Doch dann erhielt der Korea-Verband, der sie nach Deutschland eingeladen und sich um diesen Besuch bemüht hatte, den Bescheid, dass die 82-Jährige nicht im Botschaftsgebäude, sondern »aus Sicherheitsgründen« allenfalls im Pförtnerhäuschen am Eingangstor empfangen werden sollte und dies auch nur alleine, ohne Begleiterin und Übersetzerin. Soo-Sann Lee und der Korea-Verband verzichteten deshalb auf den Besuch und organisierten stattdessen am 15. Dezember eine »Mittwochs-Demonstration« vor der japanischen Botschaft in Berlin - in Anlehnung an die 948. Mittwochs-Demonstration, die Überlebende und ihre Unterstützerinnen am selben Tag in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul organisierten. Seit fast zwei Jahrzehnte finden dort jeden Mittwoch vor der japanischen Gesandtschaft Proteste statt. Dies ist die beständigste Dauerdemonstration weltweit und dokumentiert nur einmal mehr, wie hartnäckig es japanische Regierungsstellen ablehnen, sich ihrer historischen Verantwortung zu stellen. (Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass sich die japanische Botschaft in Berlin später beim Korea-Verband entschuldigte und eine erneute Einladung an Soo-San Lee aussprach,

## Blinde Flecken der Geschichtsschreibung

als diese längst wieder zurück in Korea war.)

Nicht nur Japan tut sich schwer, sich mit dunklen Kapiteln seiner Geschichte kritisch auseinander zu setzen. Auch in einigen asiatischen Opfer-Staaten des japanischen Eroberungskriegs wurden historische Fakten aus verschiedenen Gründen nach dem Krieg systematisch ausgeblendet – manchmal bis heute.

So mochte auch die kommunistische Regierung China lange nicht an die japanischen Kriegsverbrechen erinnern, um die Geschäftsbeziehungen zum ökonomisch übermächtig erscheinenden Nachbarland nicht zu gefährden.

Als der chinesische Regisseur Wu Ziniu 1998 erstmals Zeitzeugen des Nanking Massakers für einen Dokumentarfilm (»Nanjing 1937: Don't cry Nanjing«) vor die Kamera holte, erntete er dafür nicht nur heftige Kritik von Japanern, sondern auch von seinen chinesischen Landsleuten. Erst nach dieser Debatte wurde im Dezember 1998 ein »Forschungszentrum zum Nanking-Massaker« in der Universität der Stadt eingerichtet, das Aussagen der letzten überlebenden Zeitzeugen sammelt und publiziert.

Auch der Spielfilm »Devils on the doorstep«, der in der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs spielt, brachte dem chinesischen Regisseur Jiang Wen noch im Jahr 2000 Ärger in China wie in Japan ein. Regisseur Jiang Wen spielt in dieser schwarzen Komödie selbst die Rolle des Bauern Ma Dasan, der eines Nachts von chinesischen Soldaten mit Gewehr im Anschlag den Befehl erhält, zwei Gefangene in seinem

Haus unterzubringen und zu bewachen. Der eine ist ein japanischer Soldat, der lieber sterben als sich den chinesischen Bauern fügen will, der andere ist sein chinesischer Übersetzer, der an seinem Leben hängt. Doch werden die beiden scheinbar vergessen und so entwickelt sich ein grandioses Stilleben des ländlichen Lebens in Zeiten des Krieges, umgesetzt in eindrucksvollen schwarz-weißen Bildern. Regisseur Jiang Wen erhielt dafür bei den Filmfestspielen in Cannes den Großen Preis der Jury. Aber den chinesischen Zensoren hingegen waren die Schwejk-ähnlichen Dorfbewohner zu wenig heroisch, so dass sie den Film aus den Kinos verbannten. Und die japanischen Schauspieler, die in dem Film mitgespielt hatten, wurden dafür in Japan angefeindet.

## Verspätete Anerkennung in den Philippinen

Die hohe Zahl der Kriegsopfer in den Philippinen (1,1 Millionen Tote) erklärt sich aus der Tatsache, dass es kaum ein Land geben dürfte, in der mehr Menschen



während des Zweiten Weltkriegs Widerstand leisteten als dort. Nachdem die Truppen der USA – damals die Kolonialmacht der Philippinen – nach der japanischen Invasion Anfang 1942 überhastet das Land verlassen hatten, entstanden überall auf den philippinischen Inseln antijapanische Partisanenverbände, die weiter gegen die Besatzer kämpften. Als die US-Streitkräfte 1944 in die Philippinen zurückkehrten, hatten die philippinischen Widerstandskämpfer bereits weite Teile des Landes befreit. Die japanischen Truppen rächten sich dafür, indem sie auf ihrem Rückzug nur verbrannte Erde zurück ließen. Allein bei den Endkämpfen in der Hauptstadt Manila kamen durch Bombardements und Massaker 100.000 Zivilisten ums Leben - mehr als in Dresden, Berlin oder Köln. Tatsächlich sind die Folgen der japanischen Besatzungszeit von Historikern der Universität der Philippinen

detailliert aufgearbeitet und in zahlreichen Büchern dokumentiert. Darin ist auch nachzulesen, dass Japan an die Philippinen nur Reparationen für sieben Prozent der Schäden zahlte, die von der philippinischen Regierung nach Kriegsende aufgelistet worden waren.

Der Beitrag der linksgerichteten Guerillas zur Befreiung des Landes wurde in der Nachkriegszeit jedoch bewusst heruntergespielt. Die größte Organisation des philippinischen Widerstands war die antijapanische Befreiungsarmee »Hukbalahap« unter der Führung des Sozialisten Luis Taruc. Sie allein verfügte über etwa 30.000 bewaffnete KämpferInnen und 70.000 ReservistInnen. Sie kämpften noch in den Straßen Manilas gegen die japanischen Truppen, als US-General Douglas MacArthur, der mit seinen Truppen erst Ende 1944 in die Philippinen zurückgekehrt war, verlangte, die Waffen abzuliefern. Er fürchtete, dass die »Hukbalahap« damit nach der Vertreibung der japanischen Besatzer auch gegen die alten und neuen Kolonialherren aus den USA weiter kämpfen könnten. Tatsächlich gab es deshalb noch vor Kriegsende bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen philippinischen Widerstandskämpfern und US-Truppen. Und Luis Taruc musste nach dem Krieg 16 Jahre und sieben Monate im Gefängnis verbringen, weil er - wie andere Partisanen – für eine wirkliche Unabhängigkeit des Landes ohne US-Militärbasen und Sonderrechte für US-Firmen eingetreten war.

Es sollte ein halbes Jahrhundert dauern, bis die philippinische Regierung unter Präsidentin Corazon Aquino auch die »Hukbalahap« als Widerstandskämpfer anerkannte und ihnen eine bescheidene Pension gewährte.

Konservative Politiker wie etwa José P. Laurel, der mit den Japanern kollaboriert hatte und als Präsident ihrer Marionettenregierung gedient hatte, konnten ihre politische Karriere hingegen ungebrochen fortsetzen. Zunächst noch wegen Hochverrat und 130 anderer Vergehen angeklagt, wurde Laurel nie der Prozess gemacht. Er profitierte von einer Generalamnestie und war schon 1951 wieder Mitglied des philippinischen Senats.

## Kollaborateure machten Karriere

In Thailand regierte während des Zweiten Weltkriegs der Offizier Phibun Songkram, der keinen Hehl aus seiner Bewunderung für Hitler und Mussolini machte. Er legte sich den Titel »po nam« (»Führer«) zu und alle Zeitungen in Bangkok mussten mit der Kopfzeile erscheinen: »Ein Land: Thailand. Ein Führer: Phibun. Ein Ziel: Sieg.« Seine nationalistische Ausrichtung kulminierte 1939 in der Umbenennung des Landes von Siam in Thailand, was buchstäblich als »Land der Thais« zu verstehen war und die Ausgrenzung der chinesischen Minderheit bedeutete. Um die Thais aus den Nachbarländern heim in sein großthailändisches Reich zu holen, ließ Phibun seine Armee mit japanischer Rü-

ckendeckung 1940 in Kambodscha und Laos einmarschieren. Später stellte er Japan Flugpisten für den Vormarsch Richtung Indien und Indonesien zur Verfügung und gewährte den japanischen Truppen freien Durchmarsch.

Nachteile brachte ihm das nach Kriegsende nicht. Schon 1949 amtierte der selbsternannte »Führer« in Thailand wieder als Premierminister.

In Indonesien war Achmed Sukarno, der spätere Präsident des Landes, ab 1943 höchster indonesischer Funktionsträger in der japanischen Besatzungsbehörde. Die führenden indonesischen Politiker entwarfen noch ihre Unabhängigkeitserklärung im August 1945 im Amtssitz des japanischen Admirals Maeda, woran heute nicht gerne erinnert wird.

In Burma stand Aung San, Vater der heutigen Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, bis kurz vor Kriegsende auf Seiten der japanischen Invasoren. Sie gewährten ihm eine militärische Ausbildung und ernannten ihn zum Generalmajor. Seine Zukunftsvision für Burma lautete: »Wir wollen eine starke Regierung wie zum Beispiel in Italien und Deutschland. Es soll nur eine Nation, einen Staat, eine Partei, einen Führer geben.« Erst als die japanische Niederlage im August 1944 unübersehbar war, ließ sich Aung San zum Präsidenten einer antifaschistischen Volksbefreiungsliga küren. In dieser Funktion verhandelte er wenig später mit der britischen Kolonialmacht über die Unabhängigkeit des Landes. Und er hätte wahrscheinlich die Staatsführung in Burma übernommen, wäre er nicht 1947 von einem politischen Gegner erschossen worden.

Bemerkenswert ist, wie systematisch die Geschichte der Kollaboration nicht nur in den genannten Ländern, sondern auch von hiesigen Asien-Experten verschwiegen, umgedeutet oder gar geleugnet wird. Da werden selbst überzeugte Faschisten wie Phibun Songkram noch als clevere Politiker präsentiert, die ihr Land geschickt durch die Wirren des Krieges geführt hätten. Und auch Ehrenbezeugungen, die Achmed Sukarno und sein politischer Weggefährte Mohammed Hatta noch im November 1943 ihren japanischen Besatzern erwiesen, als sie ihnen bei einem Besuch in Tokio für ihre »Reformen« dankten, versuchen manche noch als anti-koloniale Taktik zu entschuldigen.

Tatsächlich könnte eine kritische Aufarbeitung der Kollaborationsgeschichte in (Südost-) Asien einigen Aufschluss darüber geben, warum in all den Ländern, in denen Sympathisanten der faschistischen Achsenmächte nach Ende des Zweiten Weltkriegs Macht und Einfluss be- oder erhielten, autoritäre und militaristische Regierungsformen die Folge waren. Aber auch dieser Teil der Geschichtsschreibung steht noch ganz am Anfang.

f) Die (Wander-)Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« ist vom 22. September bis 13. November 2011 in der Volkshochschule Essen zu sehen. Weitere Ausstellungstermine und Informationen finden sich unter: www.3www2.de

